

Entwurf für Helpdesk-Seite – deutsche Beschränkungsvorschläge

DE

Per- und polyfluorierte Stoffe (PFAS)

PFAS sind eine große Familie von Tausenden von künstlich hergestellten Chemikalien, die in der gesamten Gesellschaft weit verbreitet sind (z.B. in Textilien, Elektronikgeräten, Lebensmittelkontaktmaterialien, Medizinprodukten, usw.).

Alle PFAS sind persistente Substanzen oder werden in der Umwelt zu diesen abgebaut. Werden PFAS einmal freigesetzt, verbleiben sie für lange Zeit in der Umwelt. Die extreme Persistenz von PFAS, die zu einer irreversiblen Umweltexposition und -akkumulation führt, ist ein Grund zu großer Besorgnis.

Aufgrund ihrer Wasserlöslichkeit und Mobilität ist es sowohl in der EU als auch weltweit zu Verunreinigungen von Oberflächen-, Grund- und Trinkwasser sowie von Böden gekommen. Auch in Zukunft werden diese Verunreinigungen weiterhin auftreten. Es hat sich als schwierig und extrem kostspielig erwiesen, PFAS zu entfernen, wenn sie in die Umwelt gelangen.

Darüber hinaus wurden für einige PFAS toxische und/oder bioakkumulative Eigenschaften nachgewiesen, sowohl in Bezug auf die menschliche Gesundheit als auch auf die Umwelt.

Wenn keine Maßnahmen ergriffen werden, werden ihre Konzentrationen weiter ansteigen, und ihre toxischen und umweltschädlichen Auswirkungen werden nur schwer rückgängig zu machen sein. Deutschland hat daher gemeinsam mit vier weiteren Staaten (Niederlande, Dänemark, Schweden und Norwegen) die Initiative ergriffen, um einen Beschränkungsvorschlag im Rahmen der Chemikaliengesetzgebung REACH auszuarbeiten.

Beschränkung unter REACH

Eine Beschränkung gilt als das effektivste Instrument, um das Risiko von Stoffen wie PFAS, die in industriellen Prozessen, aber auch in Produkten (Gemischen und Erzeugnissen) verwendet werden, zu beherrschen. Darüber hinaus wird sie als der effektivste und effizienteste Weg angesehen, um eine so große und komplexe Gruppe von Stoffen zu regeln, die in zahlreichen Anwendungen eingesetzt werden.

Der geplante Beschränkungsvorschlag wird sowohl die Herstellung, das Inverkehrbringen als auch die Verwendung von PFAS abdecken. Ausnahmen (mit Bedingungen) für bestimmte Verwendungen könnten unter bestimmten Umständen möglich sein, z.B. wenn die Interessenvertreter nachweisen können, dass die Emissionen über den gesamten Lebenszyklus durch geeignete Maßnahmen minimiert werden und dass die weitere Verwendung von PFAS in der jeweiligen Anwendung für die Gesellschaft wichtig ist. Denkbare Bedingungen für Ausnahmen könnten u.a. die Festlegung eines Konzentrationsgrenzwertes oder die Einführung einer Kennzeichnungspflicht sein. Weiterhin können Ausnahmeregelungen auch zeitlich befristet werden.

PFAS im Anwendungsbereich dieses Beschränkungsvorschlags sind definiert als fluorierte Stoffe, die mindestens ein aliphatisches Kohlenstoffatom enthalten, das sowohl gesättigt als auch vollständig fluoriert ist, d. h. jede Chemikalie mit mindestens einer perfluorierten Methylgruppe (-CF₃) oder mindestens einer perfluorierten Methylengruppe (-CF₂-), einschließlich Fluorpolymeren und fluorierten Seitenkettenpolymeren.

Im Rahmen einer erneuten Befragung [\[Link\]](#) werden die bereits von den Behörden gesammelten Informationen zusammenfassend präsentiert und Betroffene (Verbände und Unternehmen) sowie Hersteller und Anwender von Alternativen von PFAS gebeten, dazu Stellung zu nehmen und ggf.

Informationen zu korrigieren oder zu ergänzen. Das Ziel ist dabei, sicherzustellen, dass die bereits vorhandenen Informationen die aktuelle Marktsituation akkurat wiedergeben und verbleibende Datenlücken zu füllen, um im kommenden Jahr einen maßgeschneiderten Beschränkungsvorschlag vorlegen zu können.

EN

Per- and polyfluorinated substances (PFAS)

PFAS are a large family of thousands of man-made chemicals that are widely used throughout society (e.g. in textiles, electronics, food contact materials, medical devices, etc.).

All PFAS are, or ultimately transform into, persistent substances. PFAS, once released, will remain in the environment for ages. The extreme persistence of PFAS leading to irreversible environmental exposure and accumulation is a reason for major concern.

Due to their water solubility and mobility, contamination of surface, ground-, and drinking water and soil has occurred in the EU as well as globally and will continue. It has been proven difficult and extremely costly to remove PFAS when released to the environment.

In addition, some PFAS have been documented as toxic and/or bioaccumulative substances, both with respect to human health as well as the environment.

Without taking action, their concentrations will continue to increase, and their toxic and polluting effects will be difficult to reverse.

Restriction under REACH

A restriction under the chemicals legislation (REACH) is considered the most effective tool to manage the risk from substances, such as PFAS, that are used in industrial processes but also in products (mixtures and articles). In addition, it is considered to be the most effective and efficient way to manage such a large and complex group of substances that are used in numerous applications.

The envisaged restriction proposal will cover the manufacture, the placing on the market and the use of PFAS. Derogations (with conditions) for certain uses might be possible under certain circumstances, e.g. if stakeholders can demonstrate that emissions over the whole life-cycle are minimised by appropriate measures and that continued use of PFAS in the application is important for society. Conceivable conditions for exemptions could be inter alia the setting of a concentration limit or introduction of a labelling requirement. Derogations can also be time-limited.

PFAS in the scope of this restriction proposal are defined as fluorinated substances that contain at least one aliphatic carbon atom that is both, saturated and fully fluorinated, i.e. any chemical with at least one perfluorinated methyl group (-CF₃) or at least one perfluorinated methylene group (-CF₂-), including fluoropolymers and fluorinated side chain polymers.

In a new survey [\[link\]](#), the information already collected by the authorities will be presented in summary form and stakeholders (associations and companies) as well as manufacturers and users of alternatives to PFAS will be asked to comment on it and, if necessary, to correct or supplement information. The aim here is to ensure that the information already available accurately reflects the current market situation and to fill any remaining data gaps in order to be able to present a tailored restriction proposal in the coming year.